

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Berichtstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 70

Freitag, den 24. März 1933

Jahrgang 105

# Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag angenommen

Reichskanzler Hitler über die politischen und kulturellen Ziele der nationalen Regierung

Berlin, 24. März. Im Reichstag gab gestern Reichskanzler Hitler, von den Regierungsparteien mit starkem Beifall und Heilrufen begrüßt, die mit Spannung erwartete Regierungserklärung ab. Nach einem Überblick über die Miswirtschaft der letzten 14 Jahre und scharfen Angriffen gegen die Weimarer Parteien betonte der Reichskanzler, daß das Programm des Wiederaufbaues sich aus der Größe des Zusammenbruchs von selbst ergibt.

An erster Stelle nannte der Reichskanzler die Ausrottung des Kommunismus. Die in der Auslandspresse inszenierte Hetze gegen die nationale Regierung bestärke die Regierung in diesem unerklärlichen Willen. Unter stärkstem Beifall hob der Kanzler hervor, daß die Beseitigung des Kommunismus eine innerdeutsche Angelegenheit ist, in die sich das Ausland nicht einzumischen habe. Er drohte in diesem Zusammenhang die öffentliche Hinrichtung des Reichstagsbrandstifters und seiner Komplizen an.

Das Ermächtigungsgesetz werde einer grundlegenden staatlichen Neuordnung dienen. Die Rechte der Länder würden nicht angetastet. Es wird in Zukunft aber nicht mehr möglich sein, daß Mitglieder irgendwelcher Landesregierungen im Rundfunk gegen die Reichsregierung hetzen können. Weiter kündigte der Kanzler die Gleichschaltung der noch nicht gewählten Landesparlamente an. Das Volk werde zu den verfassungsändernden Maßnahmen selbst Stellung nehmen können. Eine monarchistische Restauration sei im Augenblick völlig undiskutabel. Derartige Versuche in einzelnen Ländern würde die Reichsregierung als einen Angriff auf die Reichseinheit ansehen und behandeln müssen.

Der Kanzler ging auf die einzelnen, als notwendig angesehenen Maßnahmen ein. Die Kunst werde im Rahmen der kulturellen Neugestaltung eine neue Grundlegung erfahren. In den beiden Konventionen sieht die Regierung die Träger der Kultur, denen sie objektiv gegenübersteht. Die von ihnen abgeschlossenen Verträge werden anerkannt. In der Rechtsprechung werde der Boden der Justiz der Boden der Nation sein. Landes- und Volksverrat würden künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit bestraft werden. Uebergehend auf die

## Wirtschaftspolitik

stellte der Kanzler den folgenden Satz als Fundament hin: Das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dient dem Volk. Die Regierung wird die Privatinitiative fördern und das Privateigentum anerkennen. Für die öffentlichen Finanzen wird sparsame Verwaltung die Richtschnur sein. Außerdem wird eine Steuerreform erfolgen. Der Kanzler wiederholte die Erklärung, daß keinerlei Währungsversuche beabsichtigt sind. Die beiden fundamentalen Grundsätze der nationalen Regierung seien:

1. die Rettung des deutschen Bauern durch Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft,
2. die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das Brachliegen von Milliarden menschlicher Arbeitskräfte ist ein Verbrechen. Völlige Autarkie sei weder erwünscht noch beabsichtigt. Deutschland will ein Glied im Warenverkehr der Völker sein. Die Devienschwangswirtschaft werde aufrechterhalten bleiben, bis die Frage der Auslandsverschuldung geregelt sei. Zur Verkehrsreform erklärte der Kanzler, daß die Zurückführung der Reichsbahn in den Besitz des Reiches möglichst schnell erfolgen müsse. Anerkennende Worte über die vorzügliche Reichswehr leiteten über auf die

## Außenpolitik

und zur Abrüstungsfrage. Deutschland als abgerüstetes Land wartet schon seit 14 Jahren auf die Einlösung des Versprechens der hochgerüsteten Länder. Es ist der Wunsch Deutschlands, von einer Vermehrung seiner Rüstungen absehen zu können, wenn auch die anderen radikal abrüsten. Das Leitmotiv der außenpolitischen Arbeit der Reichsregierung sei der Wille, endlich die Scheidung der Völker in zwei Kategorien zu beseitigen. An der Abrüstungskonferenz übte der Kanzler scharfe Kritik. Der bisherige Zustand kann nicht länger dauern. Der neue Plan der englischen Regierung, für den der Kanzler anerkennende Worte fand, berechtigte immerhin zu einer Hoffnung auf Besserung. Der Kanzler würdigte dann den Mussolini-Plan, den er als sehr bedeutungsvoll bezeichnete. Deutschland sei zur Mitarbeit an der Grundlage dieses Planes durchaus bereit. Er erwähnte besonders das starke Verständnis, auf das die nationale Revolution in Italien gestossen sei und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die guten und freundschaftlichen Beziehungen noch weiter ausgebaut werden.

Nach der Erklärung, daß die Regierung auch zum Heiligen Stuhl in gutem Einvernehmen stehen will, streifte Hitler die österreichische Frage und betonte die Ver-

hundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme. Im Rahmen der Stellung Deutschlands zu den übrigen Völkern folgten grundsätzliche Ausführungen zum deutsch-russischen Verhältnis. Die Regierung wünscht freundschaftliche Beziehungen für beide Teile. Unter starker Betonung stellte Hitler fest, daß der Kampf gegen den Kommunismus unsere Angelegenheit ist, gegen den eine Einmischung nicht gebildet werden kann. Er gedachte ferner der deutschen Minderheiten, für deren garantierte Rechte die Regierung eintreten wird. Schließlich nahm Hitler zur Weltwirtschaftskonferenz Stellung. Hier sei die Regelung der privaten Auslandsverschuldung das wichtigste Problem. Die Stellung Deutschlands zur Welt charakterisierte der Kanzler mit dem unter starker Betonung gesprochenen Satz: 10 Jahre Frieden und Zusammenarbeit der Völker sind nützlicher als eine 30 Jahre lange Aufrechterhaltung des Zustandes von Siegern und Besiegten.

Zum Schluss behandelte Reichskanzler Hitler die Stellung des Reichstages zum Ermächtigungsgesetz. Ein Teil der geplanten Maßnahmen sei verfassungsändernd. Die Regierung lehne es ab, sich auf dem Wege des Aufschubes eine Mehrheit von Fall zu Fall zu suchen. Das Ermächtigungsgesetz richte sich aber weder gegen den Reichstag, der von Zeit zu Zeit einberufen werden soll, noch sehe es eine Schmälerung der Rechte des Präsidenten vor. Die Regierung fordere eine klare Entscheidung des Reichstages. Eine Ablehnung würde sie als Kampfansage betrachten. Der Kanzler schloß: „Mögen Sie, meine Herren, nun die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg“. Die Regierungserklärung fand stürmischen Beifall.

## Das Ermächtigungsgesetz angenommen

Nach kurzer Vertagung trat der Reichstag erneut zusammen und verabschiedete das Ermächtigungsgesetz in namentlicher Schlussabstimmung mit 441 gegen 94 Stimmen der Sozialdemokraten, also mit mehr als Zweidrittelmehrheit. Darauf vertagte sich der Reichstag. Der Präsident wurde ermächtigt, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Der Reichsrat, der unmittelbar nach dem Abschluß der Reichstagsitzung unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Frick im Gebäude des Reichsinnenministeriums zusammentrat, beschloß ohne Aussprache einstimmig, das vom Reichstag angenommene Ermächtigungsgesetz zur Kenntnis zu nehmen ohne Einspruch zu erheben.

## Die Aussprache im Reichstag

wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Weis eröffnet, der für seine Fraktion eine längere Erklärung abgab. In dieser Erklärung wird etwa folgendes gesagt: Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfolgt haben. Ich habe als erster Deutscher vor einem internationalen Forum auf der Berner Konferenz am 3. Februar 1919 gegen die Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkriegs Stellung genommen. Das Wort des Reichskanzlers, das in der Außenpolitik die Theorie vom Sieger und Besiegten ein Überwies sei, gilt in gleichem Umfange auch für die Innenpolitik. Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen — im Innern erst recht nicht. Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihm nicht gründen. Ihre erste

## Tages-Spiegel

Das Reichskabinett wird sich heute mit dem inzwischen fertiggestellten Gewerkschaftsgesetzentwurf befassen.

Der Reichsverkehrsminister hat den Herzog von Koburg und Gotha zum Kommissar für den Kraftverkehr beim Reichsverkehrsministerium ernannt.

Die Reichsregierung hat in den letzten Tagen in fast allen Hauptstädten des Auslands bei den dortigen Regierungen Protesterklärungen wegen des Verhaltens gewisser Organisationen und Zeitungen abgeben lassen, die eine wüste Deutschlandhetze entfacht haben und fortgesetzt behaupten, daß in Deutschland Sozialdemokraten und Juden massenweise niedergemetzelt würden.

Der Reichspostminister hat angeordnet, daß an den Dienstätten der Postbeamten an Stelle des bisherigen Adlerbildes die schwarz-weiß-rote Reichsfarbe anzubringen ist.

Der Hauptkonsch der Abrüstungskonferenz hat die beabsichtigte Vertagung der Konferenz bis nach Osnabrück abgelehnt und beschlossen, unverzüglich in die Generalausprache über den neuen englischen Plan einzutreten.

Voraussetzung ist gleiches Recht, Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird niemand von ihr billigerweise verlangen und erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Durch die Wahlen vom 5. März ist den Regierungsparteien die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten in so weitem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt der Fall ist und wie es weiter durch das Ermächtigungsgesetz geschehen soll. Der Redner verlangt völlige Rechtsgleichheit. Als er zum Schluß von dem Bekenntnis der Sozialdemokraten spricht, ertönt aus den Reihen der nationalsozialistischen Abgeordneten lautes Lachen.

Reichskanzler Hitler erhob sich sofort zu einer scharfen Erwiderung. Der Kanzler rechnete mit der Sozialdemokratie ab, die auf außen- wie auf innenpolitischem Gebiet völlig versagt habe, und sprach ihr das Recht zur Kritik ab. An den Früchten soll man auch Sie erkennen, so rief der Kanzler, und diese Früchte zeugen gegen Sie. Wenn das Deutschland der vergangenen 14 Jahre das Spiegelbild Ihres sozialistischen Wollens ist, dann geben Sie uns vier Jahre Zeit, damit wir das Spiegelbild unseres Wollens zeigen können. Sie sagen weiter, daß die Sozialdemokratie auch von uns nicht weggedacht werden kann, weil sie die erste war, die diese Plätze frei machte für die arbeitenden Menschen. In allem, Herr Abgeordneter, kommen Sie zu spät. Warum haben Sie diese Erinnerungen nicht beizeiten Ihren Freunden Graef, Brauns, Severing gegeben, die jahrelang mir vorwarfen, ich sei doch nur ein Anstreicher. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten — Unruhe bei den Nationalsozialisten — Präsident Goering ruft in die Unruhe hinein: „Recht rechnet der Herr Reichskanzler ab.“ Man drohte, mich mit der Hundepelle hinausstreuen zu lassen. (Pfeiferei der Nationalsozialisten.) Die meisten NS-Abgeordneten erheben sich erregt von den Plätzen: Wir Nationalsozialisten werden dem Arbeiter die Bahn frei machen zu dem, was er fordern und verlangen kann. Wir Nationalsozialisten werden seine Fürsprecher sein. Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten) sind nicht mehr dafür nötig.

Sie sprechen, das nicht die Macht entscheidend sei, sondern das Rechtsbewußtsein. Dieses Rechtsbewußtsein haben wir im Volk erweckt. Aus den eigenen politischen Erfahrungen, die ich mit Ihnen gemacht habe, glaube ich, daß das Recht allein noch nicht genügt. Man muß auch die Macht besitzen. Verwechseln Sie uns nicht mit einer bürgerlichen Welt. Sie meinen, daß Ihr Stern wieder aufgehen könnte. Der Stern Deutschland wird aufgehen und Ihrer wird sinken. Ihre Stunde hat geschlagen. Wir appellieren in dieser Stunde an den Deutschen Reichstag, uns zu genehmigen, was wir auch ohne ihn hätten nehmen können. Des Rechts wegen tun wir es, nicht weil wir die Macht überhätten, sondern weil wir mit vielen, die heute von uns getrennt, aber doch irgendwie auch an Deutschland glauben, uns vielleicht leichter finden können. Ich möchte nur nicht in den Fehler verfallen, die Gegner bloß zu reizen. Statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen. Ich möchte denen, die am Ende vielleicht auf anderem Wege auch mit ihrem Volke empfinden, die Hand reichen und nicht den ewigen Krieg auslagern. Sie wollen mich aber nicht misverstehen: Die Hand gebe ich jedem, der sich für Deutschland verpflichtet. Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!

Abg. Kaas (Z.) gab darauf im Namen der Zentrumspartei eine Erklärung ab, die besagt: Die gegenwärtige Stunde kann für uns nicht im Zeichen der Worte stehen. Ihr beherrschendes Gesetz ist das der raschen aufbauenden und rettenden Tat. Diese Tat kann nur geboren werden in der Sammlung. Es wird in der Erklärung weiter betont, daß das Zentrum den großen Sammlungsbedarf an sich seit langem und trotz aller vorübergehenden Enttäuschungen mit Nachdruck und mit Ueberzeugung vertreten habe. Angesichts der Sturmwolken um und in Deutschland reiche die Zentrumspartei allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Rettungswerkes zu sichern. Die Regierungserklärung bringe manches Wort, das das Zentrum unterschreiben könne, und manches bittere, auf das einzugehen man sich heute versagen müsse. Nach den befreienden sachlichen Erklärungen des Reichskanzlers stelle das Zentrum eine Reihe wesentlicher Bedenken zurück und gebe dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung.

Schließlich stimmten auch die Vertreter der DDP, der Staatspartei und des Chr. Volksdienstes in Erwartung einer gesetzmäßigen Entwicklung dem Ermächtigungsgesetz zu.

## Hilfsmaßnahmen für die deutsche Binnenschifffahrt

Der Reichskanzler plant, einen Reichskommissar für die deutsche Binnenschifffahrt zu ernennen, dessen Aufgabe es sein wird, die berechtigten Forderungen der Binnenschifffahrt zu erfüllen: Zwangsvollstreckungsschutz für mindestens 6-12 Monate und Stundung der Amortisation für ebenfalls 12 Monate. Weiter sollen Zinsherabsetzungen und Abbau der Steuern, auch Abbau der Schiffsabgaben, wie überhaupt der allgemeinen Abgaben eintreten, die auf den Friedensstand zurückgeführt werden sollen. Um reparaturbedürftige Fahrzeuge ausbessern zu können, sind vom Staat 3 Millionen RM angefordert, die zu niedrigem Zinsfuß abgegeben werden. Auf dem deutschen Rhein, der Elbe und Oder dürfen in Zukunft deutsche Ladungen nur von deutschen Schiffen genommen werden. Die Ladungen, die vom Ausland bezogen werden müssen, sollen ebenfalls auf deutschen Schiffen verfrachtet werden. Für die gesamten deutschen Stromgebiete wird ein Reichsschiffbetriebsverband geschaffen. Die Mindestfracht muß das Existenzminimum gewährleisten. Die Reichsbahn wird gezwungen werden, die gegen die Binnenschifffahrt gerichteten Tarife aufzugeben und Zubringertarife einzuführen.

## Die Aufgabe der Gewerkschaften

**U. Berlin, 23. März.** Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt folgende Erklärung bekannt, die dem Reichskanzler durch den Vorsitzenden des ADGB, Leipart, übermittelt worden ist:

„Die Gewerkschaften sind der Ausdruck einer unabwiesbaren sozialen Notwendigkeit, ein unerlässlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst. Als organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft sind die Gewerkschaften ins Leben getreten und im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen. Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel, welcher Art das Staatsregime ist.“

Die großen Tarifgemeinschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft sind der untrügliche Beweis dafür, daß die Gewerkschaften von dem Willen geleitet sind, die ihnen obliegende Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. Trotz aller Wirrnisse und wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die Tarifverträge durch die Jahrzehnte sich erhalten und in weitem Umfange dem Wirtschaftsrieden gedient.

Durch die Anerkennung und Inanspruchnahme des staatlichen Schlichtungsweises haben die Gewerkschaften gezeigt, daß sie das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht.

Die Gewerkschaften haben der freiwilligen Vereinbarung mit den Unternehmern stets den Vorzug vor Zwangstarifen gegeben und halten auch weiterhin an dieser Auffassung fest. Sie sind durchaus bereit, auf diesem Wege im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammenzuwirken. Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihr unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.

Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in Bezug auf soziale und wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesem Gebiet dienlich zu sein.

Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Ueber der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeitsinteressen. Eine wahre Gewerkschaft kann sich aber nur auf freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen, sie muß von den Unternehmern ebenso wie von politischen Parteien unabhängig sein.

## Wie die deutschen Auslandsvertretungen den Staatsakt feierten

**U. Berlin, 23. März.** Der Staatsakt in Potsdam wurde auch von den deutschen Vertretungen im Ausland, den Botschaften, Gesandtschaften, Konsulaten und Generalkonsulaten, so in Oesterreich, Ungarn, Schweden, Tschchoslowakei, Schweiz, Holland, Bulgarien, Rumänien usw. gefeiert. Die Gebäude der deutschen Vertretungen zeigten zum erstenmal nach dem Kriege wieder die reichliche Flagge schwarz-weiß-rot und daneben erstmalig in aller Deffentlichkeit die Hakenkreuzfahne. Würdige Feiern mit Ansprachen der amtlichen deutschen Vertreter in Anwesenheit der Mitglieder der deutschen Kolonien beschloffen den denkwürdigen Tag. In Genf erlebten die Mitglieder der deutschen Abordnung unter Führung des Botschafters Radolny, der ein dreifaches Hoch auf Volk und Vaterland ausbrachte, diese geschichtliche Stunde mit. Vor dem Generalkonsulat in Amsterdam, einer Stadt, die eine stark linksradikale und jüdische Bevölkerung hat, bildeten sich angesichts der Hakenkreuzfahne Menschenanfassungen, aus denen nat. soz. feindliche Reden laut wurden. Polizei zerstreute die Menge. In Prag wurde unter den internationalen Farben auf der Prager Messermeße die schwarz-weiß-rote Flagge aufgezogen. In Bukarest wurde dem deutschen Gesandten von dem rumänischen Rumänen eine Denkschrift zur Weiterleitung an Hitler überreicht, in der dieser gebeten wird, Maßnahmen zu treffen, damit keine Person in den rumänischen Blättern mit der gebührenden Ehre behandelt werde. Vor der deutschen Gesandtschaft in Tokio versammelten sich mehrere hundert kommunistische Demonstranten, die eine an die deutsche Regierung gerichtete Protestentschließung überreichen wollten.

Aus Anlaß des Nationalfeiertages und der Reichstagsöffnung am 21. März sind von Auslandsdeutschen, die der Uebertragung dieser beiden Feiern am Rundfunk beigewohnt haben, sowohl beim Reichspräsidenten als auch beim Reichskanzler eine große Anzahl von Telegrammen eingegangen. In diesen Telegrammen kommt eine freudige Begeisterung über die Ereignisse in Deutschland zum Ausdruck und gleichzeitig die Hoffnung, daß nunmehr für das deutsche Vaterland eine neue bessere Zeit anbrechen werde, in der auch das Ansehen des Reiches im Auslande eine Stärkung erfahre.

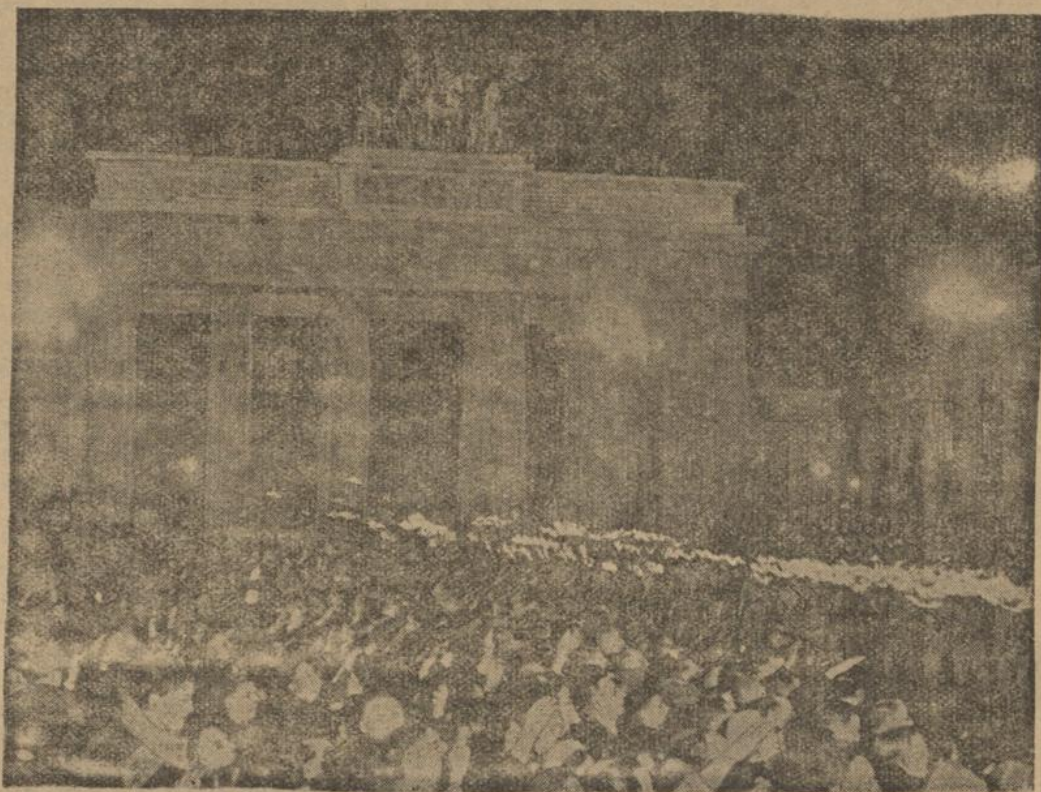
## Auslandsstimmen zum Tag von Potsdam

Es ist auffallend, wie wenig Verständnis die englische Presse dem Tag von Potsdam entgegenbringt und wie unfreundlich sie vielfach den großen Deutschen Tag bespricht. So bringt ein Leitartikel der „Times“ zunächst geschichtliche Betrachtungen über Friedrich den Großen, die den großen König so darstellen, wie ihn der Zerrspiegel seiner zeitgenössischen Gegner geschildert haben mag. Das Blatt stellt zwar fest, daß niemand dem Reichspräsidenten Hindenburg Größe

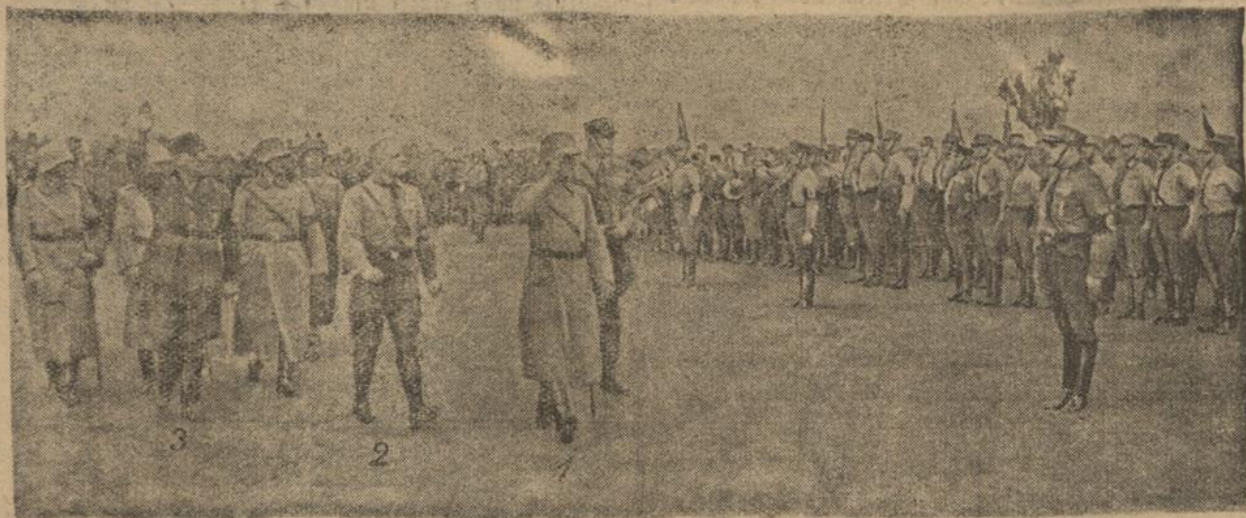
oder dem Reichskanzler Hitler eine „bemerkenswerte Fähigkeit auf dem Gebiete der Redekunst und der politischen Strategie“ absprechen könne, schließt aber daran eine sehr unfreundliche Besprechung der innerpolitischen Vorgänge in Deutschland. Es handle sich zwar um Dinge, die Deutschland allein angehen, ein Uebergreifen auf das Gebiet der Außenpolitik würde jedoch die sofortige, unvermeidliche und besorgniserregende Wirkung haben, Deutschland zu vereinsamen und die fremden Regierungen zu einer gemeinsam gegen Deutschland gerichteten Politik zusammenzuschweißen.

Die Pariser Blätter veröffentlichen ausführliche Berichte über die Feier in Potsdam. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ schreibt, es habe sich nicht nur um ein nationalsozialistisches Fest gehandelt, sondern um einen nationalen Akt, der dazu berufen war, eine neue Ära in den Geschicken Deutschlands zu eröffnen. Der Tag von Potsdam habe ein Dreifaches gebracht: geräuschlose Beerdigung der Weimarer Republik, Taufe des neuen Deutschland, Weihe Adolf Hitlers. Die Franzosen hätten dreifachen Anlaß, darüber nachzudenken.

## Die Feier des 21. März in Berlin und München



Auschnitt aus dem riesigen Fackelzug, mit dem am 21. März die Reichswehr feierte.



Die große Parade auf dem Oberwieselfeld, mit der die bayrische Landeshauptstadt den Reichstagszusammentritt feierte. Der Reichskommissar für Bayern, Ritter v. Epp (1).

schreiter mit den Staatskommissaren (2) und (3) sowie einigen Offizieren der Reichswehr die Front der SA.

## Kleine politische Nachrichten

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags hat den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, die neun in Haft befindlichen sozialdemokratischen Abgeordneten sofort aus der Haft zu entlassen, mit 15 Stimmen der Nationalsozialisten gegen 9 Stimmen der Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Das preussische Landtagspräsidium. Der Preussische Landtag wähle durch Zuzug den bisherigen Präsidenten Abg. Kerl (NS.) zum Präsidenten, zum ersten Vizepräsidenten den Abgeordneten Haake (NS.), zum zweiten den Abg. Baumhoff (Z.) und zum dritten den Abg. v. Kries (DNVP.). Der Abg. Kube kündigt ein rein nationalsozialistisches Preussentabernetz, eine rein nationalsozialistische Verwaltung und eine rein nationalsozialistische Politik in Preußen an.

Wird Goering preussischer Ministerpräsident? Zur Regierungsbildung in Preußen schreibt der preussische Pressedienst der NSDAP: „Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten soll spätestens am 2. Mai stattfinden. An diesem Tage wird die nationalsozialistische preussische Landtagsfraktion einen Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten wählen. Wie wir hören, kommt Reichsminister Goering als Ministerpräsident in Frage.“

Hamburger SPD-Funktionär sollte Sprengstoffdiebstahl organisieren. Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Regierung in Schleswig ist es gelungen, in Flensburg einen schon lange geachteten Hamburger SPD-Funktionär festzunehmen, der als Kurier zwischen der illegalen Bezirksleitung der SPD in Hamburg und aktiven Gruppen der Provinz

Schleswig-Holstein Verwendung fand. Der Kommunist hatte u. a. den Auftrag, einen großen Sprengstoffdiebstahl in der Provinz zu organisieren, was jetzt durch seine Festnahme vereitelt worden ist.

Hakenkreuzfahne der Saarländischen NSDAP. von der Polizei beschlagnahmt. Die auf dem Parteihaus der Saarländischen NSDAP in Saarbrücken aufgezogene Hakenkreuzfahne wurde von der Polizei auf Grund des Flaggenverbots eingeholt. Die saarländische Gauleitung der NSDAP hat daraufhin an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Saarregierung entfernt gewaltsam und beschlagnahmt Hakenkreuzfahne. Deutsche Saarbevölkerung hierüber empört, erbitten Reichsregierung um Protest.

Neue polnische Einfuhrverbote. Durch die neuen gegen Deutschland gerichteten Einfuhrverbote Polens werden u. a. folgende Waren betroffen: Eisen- und Stahlblech, synthetische Artikel, Lacke, Verbrennungsmotoren, Ventilatoren, Mähmaschinen, alle Apparate für den Hausgebrauch, Filme, elektrische Energiezähler, Treibriemen, Lastautos, Teile von Kraftwagen, Bilder und Zeichnungen, Leinen, Kunstseide, Ainoleum, eine Reihe von Chemikalien, Ziegel und Bausteine u. a. m.

Umbewaffnung des schweizerischen Heeres. Im schweizerischen Heer waren bisher Reiter, Genietruppen, die Verpflegungsgruppe und die schwere Artillerie mit Karabinern (Kurzgewehr) Modell 31, die Infanterie mit dem Langgewehr, Modell 11, ausgerüstet. Nach einem Beschluß des Bundesrates wird nun die gesamte Wehrmacht mit dem Karabiner bewaffnet.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 24. März 1933.

## Zwischen Mensch und Mensch

„Von politischen Gegnern erschossen“. Bestialisch ermordet. So lesen wir täglich in der Zeitung. Die Zeichen stehen auf Sturm. Die einfachsten Bande zwischen den Menschen drohen zu reißen. Es ist Zeit, daß wir uns wieder auf uns besinnen und auf das Du und auf die Grundlagen alles menschlichen Zusammenlebens. Wir müssen im andern wieder den Menschen sehen. Und als Christen sehen wir in ihm noch mehr: ein Geschöpf Gottes. Er ist uns von Gott aufgetragen. Auch wenn er in einem andern politischen Lager steht! Wir haben die Verantwortung für ihn. Wir können sie nicht von uns werfen. Wir müssen nach Wegen suchen, die zum Weg führen, mögen sie auch durch viel Dornen- und Stacheln hindurchgehen. Am Ende unseres Kampfes darf nicht der Nord stehen, sondern das heiße Ringen um die Seele des andern. Es ist ein Ringen, das letztlich nur dann zum Siege führt, wenn es aus der Liebe geschieht. Nur ein Beispiel sei dafür genannt. Wurde da kürzlich in einem Berliner Krankenhaus einer eingeliefert, bei einem politischen Überfall verwundet, Lungenentzündung. Er droht zu verbluten. Eine Transfusion ist nötig. Aber woher das Blut nehmen? Da liegt in einem andern Saal ein politischer Gegner, ein junger Mensch mit einem Armbruch. Er wird gefragt: „Für einen solchen soll ich mich anpassen lassen? — Wenn gar keinen andern gibt, na dann will ich ihn auch nicht freieren lassen.“ So rettete er ihm das Leben mit seinem Blut. Der Mensch hat über den Fanatiker geiegt. Und vielleicht — hat er auch über seinen Gegner geiegt. Ohne Worte, ohne Kampf und Haß, allein durch sein Blut und seine Menschlichkeit. Könnten wir nicht aus diesem kleinen Fall im Berliner Krankenhaus sehr viel lernen?

## Die Polizeikaktion

Zur Befriedung des öffentlichen Lebens ist gestern auf Anordnung des staatlichen Polizeikommissars auf den gesamten Bezirk Calw ausgebeutet worden. Den ganzen Tag über brachte die Polizei Verhaftete aus den Bezirksgemeinden in Kraftwagen zum Oberamt, wo sie vernommen wurden. Die Zahl der in Schutzhaft genommenen Personen wuchs derart an, daß das Gerichtsgefängnis zur Aufnahme nicht ausreichte. Man mußte noch Räume in der Jugendherberge und im alten Posthaus für diese Zwecke in Anspruch nehmen. Hilfspolizei übernahm die Bewachung der Inhaftierten. Wie wir erfahren, beträgt die Gesamtzahl der Schutzhaftlinge jetzt etwa 70. Die Aktion, über deren Ergebnis wir noch berichten werden, ist noch nicht zu Ende.

## Generalversammlung der Freiw. Sanitätskolonne Calw

Am letzten Samstag hielt die Freiw. Sanitätskolonne Calw ihre Generalversammlung im „Badischen Hof“ ab. Kolonnenführer Kirchherr begrüßte die anwesenden Gäste und die früheren Mitglieder Eitel, Kümmerle und Zwirger sowie die zahlreich erschienenen Kolonnenmitglieder. Zunächst dankte er dem insolge der Bürgermeisterwahl in Bad Liebenzell abwesenden Bezirksvertreter vom Roten Kreuz, Landrat Rippmann, für die im letzten Jahre geleistete finanzielle Unterstützung, ebenso Bürgermeister Göhner und dem Gemeinderat der Stadt Calw, Verbandsdirektor Schmidt-Teinach sowie den sonstigen Gönnern und passiven Mitgliedern — Unser Ehrenmitglied Rechnungsrat Figenmayer war ebenfalls an der Teilnahme verhindert, überandete aber ein kameradhaftlich gehaltenes Schreiben. — Hierauf erstattete der Schriftführer Körner-Hirau den Jahres- und Tätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß neben dem Kolonnenarzt der Kolonne noch 35 aktive Mitglieder angehören. Erste Hilfe bei Unfällen wurde geleistet in 185 Fällen, Krankentransporte mit dem Sanitätsauto wurden 243 ausgeführt. Sanitätswachen wurden 18, Nachtwachen 29 gestellt. Desinfektionen wurden durch den Bezirksdesinfektor Bayer 70, durch den Desinfektor des Bezirkskrankenhauses 100 ausgeführt. Unterricht wurde durch den Kolonnenarzt Dr. Schleich an 28 Abenden erteilt. Übungen mit der Trage im Gelände oder in der Turnhalle wurden unter Leitung des Kolonnenführers bzw. dessen Stellvertreters 14 abgehalten. Anstehend erlittete Kassier May den Kasfenbericht. Nach demselben betragen die Einnahmen einschließlich des Bestandes aus dem Vorjahre 2284,43 RM., die Ausgaben betragen 978,10 Reichsmark, so daß am Jahresabschluss ein Bestand von 1311,27 Reichsmark verbleibt. Durch Anschaffung von Uniformen usw. infolge der 14 Neuaufnahmen ist der Kasfenbestand augenblicklich um über 700 RM. niedriger als am Jahresabschluss. Kolonnenführer Kirchherr dankte hierauf dem stellv. Kolonnenführer Bayer, dem Kassier sowie dem Schriftführer für ihre Mühewaltung und musterhafte Führung der Wäcker und Akten und erteilte dem Kassier Entlastung. — Sodann wurden die Neuwahlen vorgenommen. Es wurden einstimmig wiedergewählt die seitherigen Ausschußmitglieder: Kolonnenführer Karl Kirchherr, Kolonnenführer-Stellvertreter Goth. Bayer, Kassier B. May, Schriftführer E. Körner-Hirau, die Gruppenführer Oberle-Stammheim und Junginger-Calw, der Geräteverwalter Otto Müller. Mit Stimmenmehrheit wurde als Gruppenführer Eugen Vogt neu gewählt. Sämtliche Gewählten dankten für das bewiesene Vertrauen und versprachen auch weiterhin ihre ganze Kraft in den Dienst der Kolonne zu stellen. An die im letzten Jahre ausgebildeten und am 5. März ds. Js. geprüften 14 Kameraden wurden die Ausweise durch den Kolonnenführer verteilt. Es sind dies die Mitglieder August Großmann-Zavelstein, Otto Dittus-Calw, Jakob Flaig-Zavelstein, Wilh. Petrich-Ottenbrunn, Eugen Jourdan-Neuhengstett, Chr. Hornbacher-Emberg, Max Kirchherr-Ottenbrunn, Frh. Pfrommer-Alsburg, Hans Pfrommer-Zavelstein, Erwin Ritter-Calw, Kurt Neilling-Calw, Hermann Schnauffer-Calw, Wilh. Sailer-Calw und Hugo Teilmann-Calw. Kolonnenführer Kirchherr benüchlichtete die neuen Mitglieder und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich dieselben als Kameraden in der Kolonne

wohlfühlten und ihr teues Leben mögen. — Anlässlich eines Falls von Ueberschreitung der für die erste Nothilfe gegebenen Grenzen, der aus einem andern Oberamt bekannt wurde, gab der Kolonnenarzt auf Wunsch eine eindringliche Mahnung, diese Grenzen, die er genau umriß, streng einzuhalten und jeden Uebergriff in das Gebiet der Behandlung zu unterlassen. Ferner gab er seiner Freude Ausdruck, daß so vielen neuen Mitgliedern die Ausweise ausgehändigt werden konnten. Da er von der Kolonne jetzt insgesamt 13 Kameraden — also gut ein Drittel — auswärtig wohnhaft sind, wäre zu wünschen, daß aus der Stadt Calw noch mehr junge Männer der Kolonne beitreten würden, damit die Kolonne in Fällen, wo ihr Einsatz als Ganzes erforderlich ist, hinreichend rasch in genügender Stärke zur Verfügung steht. Der anwesende Vertreter der Freiw. Feuerwehr Calw, Adjutant G. Essig, dankte für die Einladung zur Generalversammlung. Er sprach sich anerkennend über die guten Verhältnisse zwischen Feuerwehr und Sanitätskolonne aus und wünschte der Kolonne ferneres Blühen und Gedeihen. Gruppenführer Oberle-Stammheim sprach namens der Kameraden dem Kolonnenarzt und dem Kolonnenführer herzlichen Dank aus für ihre Tätigkeit im vergangenen Jahre. — Kamerad Pantle äußerte sich kurz über die Teilnahme am Deutschen Turnfest in Stuttgart und bat alle Kameraden, die Turner in Stuttgart in jeder Hinsicht gut zu betreuen. — Kamerad E. Jourdan-Neuhengstett dankte im Namen der Neuaufgenommenen in herzlichsten Worten für all die Mühe und Zeit, die der Kolonnenarzt und die Kolonnenführung zur Ausbildung für sie aufgewendet hat und versprach für die „Neuen“ treue Pflüchterfüllung im Dienst der Kolonne. — Zum Schluß dankte der Kolonnenführer nochmals besonders dem Kolonnenarzt und allen Kameraden für die im abgelaufenen Berichtsjahr geleisteten Dienste und bat auch weiterhin um tatkräftige Mitarbeit. Im.

## Der Nationalfeiertag in Stammheim

In Stammheim fand als Abschluß des Nationalfeiertages am 24. März ein großer Fackelzug mit mehreren hundert Teilnehmern statt. Der Zug stellte sich beim Forstamt auf, marschierte mit schneidiger Marschmusik durch die Hauptstraße bis zum Rathaus und bog dort links ab dem Galgenberg zu. An der Spitze marschierte die Musikkapelle. Im Anschluß folgten SA., Lieberkranz, Militärverein und die Schüler unter Leitung ihrer Lehrer. Den Schluß bildeten die Schüler und Schulentlassenen des Erziehungsheims. Auch viele sonstige Einwohner beiderlei Geschlechts hatten sich in den Zug eingereiht. Die Knaben hatten sich mit teilweise selbstverfertigten Fackeln versorgt, die Mädchen durchweg mit farbigen Papierlaternen. Der ganze Zug bot ein selten gesehene farbenfrohes Bild. Bei Ankunft auf dem Galgenberg wurde ein auf der Calwer Seite aufgeschichteter großer Holzstoß entzündet. Weit hin leuchteten die Flammen. Als erster Redner trat der Ortsgruppenführer der NSDAP, Forstmeister Schiedt, als 2. Oberlehrer Oberle und als dritter Bürgermeister Durr, MdB., auf. Während die Herren Schiedt und Durr über die Bedeutung des Tages sprachen, gedachte Herr Oberle vor allem der Toten des Weltkrieges. In den Pausen spielte die Musik das Deutschland- und das Kameradenlied; von allen Anwesenden wurden beide Lieder begeistert mitgetragen trotz Schneegestöbers. Auch die SA. sowie der Lieberkranz verschönten die Feier durch Viedereinsagen.

## Durch verschärfte Tätigkeit der Geheimdienste neue Erntezeit für Spione

Der Tod einer schönen Albanerin. — Immer noch öffnen weibliche Herzensbrecher die Panzerschranke mit den Geheimnissen. — Spione und ihre Auftragsgeber. Von Ferdinand Kircheisen.

Zu der Spannung der europäischen Lage von heute gehört auch eine verschärfte Tätigkeit der Geheimdienste. Je besser und großartiger sie aufgezogen sind, um so größer ist ihre Furcht vor der Gegenespionage. Da die Franzosen die Väter des Geheimdienstes von heute sind und dafür Mittel aufzuwenden pflegen, die in den Ohren der Beiter sämtlicher anderen Geheimdienste und erst recht von uns Deutschen phantastisch klingen, zeigen sie sich immer wieder auch als von der größten Spionagefurcht befallen. Gerade daraus entstehen dann leicht Ständalgeschehnisse, die auf den Betrieb hinter den dunkelsten Schleiern der Geheimnisse auch viele Augen lenken, denen er verborgen bleiben soll.

Ein englisches Montagsblatt brachte kürzlich von seinem Pariser Mitarbeiter — natürlich! — Nachrichten über das „geheimste Dossier“, das die Franzosen in Genf von Hand zu Hand reichen und mit dessen Veröffentlichung sie gelegentlich drohen, ohne allerdings bei uns irgendwelchen Eindruck machen zu können. Darum geht es ihnen auch gar nicht, gilt es doch vor allem, die anderen Mächte gegen Deutschland misstrauisch zu machen. Aber auch das gelingt nicht mehr, seitdem Deutschland als Hersteller des „Materials“ den Professor Förster entlarven konnte, von dem alle Welt in Genf, seinem ständigen Aufenthaltsort, seit langem weiß, daß er seine Strohhüte, die für ihn typisch geworden sind, und wohl noch manches andere aus der Tasche des jeweiligen französischen Außenministers, also mit dem Gelde der Steuerzahler Frankreichs bezahlt.

Da sind denn die Franzosen auf etwas Funkelngekommen. Sie verhafteten kürzlich einen Intendantur-Offizier der Festung Belfort mit Namen Forge, weil gewisse wichtige Pläne über die Verpflegungsregelung im Mobilmachungsfall abhandeln gekommen seien. Deutschland soll dafür besondere Aufmerksamkeit aufgebracht haben, meinen die Franzosen, obwohl es einleuchtet, daß die Deutschen für den Kriegsfall wichtigere Dinge geflart haben möchten als die Magenfrage der französischen Soldaten und Pferde. Jedenfalls wurde von den Franzosen gegen den Herrn Forge verhandelt, wobei sie eine auffallende Bereitwilligkeit zur Schau trugen, an den Ergebnissen dieser Untersuchung die ganze Welt teilnehmen zu lassen. Forge sei gar nicht ein so schlechter Kerl, sondern nur deutschen Verführungen erlegen. Sonderbar, höchst sonderbar!

Das fand auch der sozialistische „Populaire“ und schürfte nun seinerseits nach Gründen und Hintergründen. Was dabei herauskam, ließ das Ganze als plummes Nachwort der französischen Werbearbeit gegen Deutschland erkennen. Der „Populaire“ erzählte der aufhorchenden Welt, daß die angeblichen

## Nationaler Feiertag in Althengstett

Anlässlich des Zusammentritts des neugewählten Reichstages erlebte Althengstett eine gewaltige, jedem Teilnehmer zeit lebens unvergessliche Kundgebung. Um 7.30 Uhr abends stellte sich trotz Schneetreibens ein riesiger Fackelzug auf. Schon 1/2 Stunde vor Beginn versammelte sich die gesamte Schulfugend mit ihren bunten Laternen am Aufstellungs ort und begrüßte ihre Lehrer mit Heilrufen, die auch jedem neu Ankommenden spontan entgegenbrachten und die die innere Erregung und unbändige Begeisterung verrieten. Nun rückten geschlossen an: Ortsgruppe der NSDAP., Kriegerverein, Lieberkranz, Musikverein und Fußballverein; außerdem fast die gesamte Einwohnerschaft. Etwa 80 Fackeln und ungezählte bunte Lämpchen gaben dem Zuge ein geheimnisvolles Aussehen. Mit flotter Marschmusik trat durch den mit Fahnen geschmückten Ort auf eine nahe gelegene Anhöhe (Reute), wo Feldschütz Wochle das Höhenfeuer vorzüglich vorbereitet hatte. Bürgermeister Braun eröffnete die Kundgebung mit packenden, mit jubelndem Beifall aufgenommenen Worten. Nach ihm hielt Dr. Schmidt, der Führer der Ortsgruppe der NSDAP., die eigentliche Festrede. Dieser unermüdete und unerschöpfene Kämpfer für ein nationales Deutschland erteilte mit seiner tiefensinnvollen, sinnvollen Rede nicht nur mächtigen Beifall, sondern durfte auch erleben, wie sich nun die ganze Gemeinde mit wenigen Ausnahmen auf seine Seite und mit ihm zum jetzigen Kurs in Deutschland bekennt (schon bei der Wahl am 5. März haben 90 Prozent national gewählt). Kurz und eindringlich sprachen beide Redner über die Ereignisse der letzten und des heutigen Tages und vom schweren Kampfe um des deutschen Volkes Wiedererhebung. Zwei achtjährige Hiltierungen in SA-Uniform (Söhne von Glacknermeister Schwämmle und Malermeister Weiß) trugen ein Gedicht über die Bedeutung der Hakenkreuzfahne eindrucksvoll vor und erfreuten damit alle Anwesenden. Nach dem gemeinsamen Gesang des Horst-Wessel-Liedes sprach als letzter Redner Oberlehrer Maier zur Jugend. Er hielt es als höchste Pflicht der Lehrer an, die Jugend zur Liebe zum deutschen Vaterland und zum Vertrauen auf die dem deutschen Volke von Gott geschenkten großen Führer zu führen und zu erziehen. Der Lieberkranz sang begeistert und kraftvoll den Chor „Deutschland, Dir, mein Vaterland“ von H. Heinrichs. Als nun die Flammen emporloderten und die Menge das Deutschlandlied anstimmte, lag auf allen Gesichtern das ernste Treuegelöbniß: Wir alle gehören mit Gut und Blut zu dir und deinen Führern, du neues Deutschland. — Besonderer Dank gebührt dem Gemeinderat, der auf Anregung seines Vorstehenden Bürgermeister Braun diese erhebende Kundgebung veranstaltete und alle Anstrengungen bereitwillig übernahm. Dank auch dem Musikverein, der sich mit seinem hohen Können bei jeder Gelegenheit selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit stellt.

## Der Frühlingsanfang

hat mit einer Ueberraschung aufgewartet. Die Temperatur stürzte trotz strahlenden Sonnenscheins bis in die Gegend des Nullpunktes herab, so daß in den Morgenstunden der letzten Tage bis ins Tal herab starker Neis lag. Im Hochschwarzwald befindet sich von 700 Meter an aufwärts wieder eine geschlossene Schneedecke, der Feldberg misst mit 60 Zentimeter die größte Schneehöhe dieses Jahres. In den Hochlagen muften die Wä-

Geheimnisse des Intendanturbeamten Forge mindestens fünfzehn anderen Leuten genau bekannt sein mußten; daß sie keineswegs in einem sicheren Gewahrsam, sondern in einem Schrank mit einfachster Schloßart aufbewahrt würden und eigentlich jedermann zugänglich seien. Die Sache wäre nur aufgebracht worden, um besseren Wind für den Militärhaushalt zu machen. Es ist recht freundlich, daß wir auch einmal die landesverräterische Wichtigkeit der französischen Sozialisten nutzen können, nachdem unsere marxistischen Blauderfaschen unseren westlichen und anderen Nachbarn so oft ähnliche Liebesdienste gegen uns geleistet haben.

Dies handelt es sich um einen Fall von vorgeschobener Spionage. Ein anderes Geschehnis, in dessen Mittelpunkt eine schöne und reizvolle Albanerin steht, belehrt uns aber in spannender Form darüber, daß die Spionage zur Zeit vielleicht noch regere Betriebsamkeit entfaltet als in den Jahren vor dem Weltkriege. Frau Zeinap Viora heißt, wie wir nunmehr wissen, die geheimnisvolle Schönheit, die sich vor dem Londoner „Genolaph“, dem ernststen und würdigen Kriegsdienstmal der englischen Hauptstadt, das Leben nahm. Das Denmal steht auf der Parlaments-Straße und trägt die einzige Inschrift „Den ruhmreichen Toten 1914—1918“. Wir werden niemals erfahren, ob Frau Viora das Gift aus eigenem Antrieb nahm oder ob es ihr beigebracht worden ist. Nachdem die englische Presse sich zunächst in breiten Darlegungen mit der schönen Unbekannten, solange sie das noch war, beschäftigt hatte, gestaltete sich der Mittelungsdrang dortzulande plötzlich sehr bescheiden. Dafür wußten die Franzosen aber etwas zu erzählen und machten das so ausführlich, daß sich auch bei dieser Sache der Verdacht einstellt: hier soll durch schlecht gefühlte Wahrheitsliebe eine wichtige Begebenheit verdunkelt werden. Der französische Geheimdienst teilte mit, daß Frau Viora für zwei europäische Mächte gegen Frankreich spionierte habe. Mit dem uraltesten Handwerkzeug der Spionage, angeblich großem Reichtum, Schönheit und — Abenteuerlust.

Der Albanerin wird nicht nur besondere Schönheit, sondern auch eine außerordentliche Begabung für die politische Intrige nachgerühmt. Da sie mit zwei Großmächten in Verbindung stand, gelangte sie selbstverständlich auch in die große und besonders in die diplomatische und militärische Gesellschaft. Dort glaubte man ihre zahlreichen und zuweilen ständalösen Liebesgeschichten und hielt sie für unfähig, sich für andere Dinge zu interessieren als die Pflege ihrer Schönheit und die Eingabe an eine phantastische Eroberungssucht. Offenbar schöpft der französische Geheimdienst aber Verdacht. Er kann nur daraus entstanden sein, daß Frau Viora mehrseitige Spionage betrieb, also auch von Frankreich selbst beschäftigt wurde. Sie erhielt eine Warnung, floh nach England und suchte dort einen hohen Verbindungsmanu zu erreichen, wurde aber schon nicht mehr vorgefassen, eine Rücksichtslosigkeit, die sich einfach daraus erklärt, daß der englische Geheimdienst sich von der Verfolgung der Viora seitens des französischen Geheimdienstes unterrichtet hatte. Die Albanerin, die darüber Aufschluß geben könnte, spricht niemals wieder. Ihr Mund schloß sich vor dem englischen Kriegsschrenmal. Sollte das eine Geste dafür sein, daß sie sich als Gefallene im Dienste Englands betraute?

